

Aus der Tageblatt
Ausgabe Tageblatt
Donnerstag, 30. März 2017
Seite 10
© Editpress Luxembourg s.a.

Kurz und knapp

Oberster Justizrat

RICHTER DAGEGEN

Die Richter in Luxemburg kritisieren die geplante Justizreform. In der jetzigen Form widerspreche sie dem von der Politik formulierten Ziel einer stärkeren Gewaltentrennung, heißt es in einer gestern verbreiteten Mitteilung.

Mitte März hatte der Justizminister seine Pläne vorgestellt. Felix Braz will mit seiner Justizreform unter anderem einen Obersten Justizrat einführen und die Unabhängigkeit der Justiz per Gesetz absichern. Der „Groupement des magistrats de Luxembourg“ begrüßte gestern das Vorhaben einer stärkeren Gewaltentrennung, kritisierte die geplante Ausführung aber scharf.

Wie die Justizreform jetzt ausgearbeitet sei, widerspreche sie den von den verantwortlichen Politikern formulierten Zielsetzungen. Man habe, so die Richter, „sehr große Bedenken in Bezug auf die Besetzung des Obersten Justizrates“. Um die Unabhängigkeit der Justiz vollends zu gewährleisten, sei es in der Tat nötig, „jedes Risiko einer politischen Einflussnahme oder eines Lobbyismus schon im Vorfeld auszuschließen“. Das gehe mit den Plänen der Regierung nicht einher.

Diesem zufolge soll das neue Organ sieben Mitglieder haben. Vier davon sollen Richter sein, darunter die Präsidenten der „Cour supérieure de justice“ und des Verwaltungsgerichts sowie der Generalstaatsanwalt. Auch die Anwälte sollen ein Mitglied stellen. Hinzu kämen zwei Mitglieder aus der Zivilgesellschaft, die vom Parlament bestimmt werden sollen.

Der Oberste Justizrat soll sich um die Nominierung und Weiterbildung von Magistraten kümmern. Er wird auch Vorschläge und Empfehlungen zu den Funktionsweisen der Justiz machen können und sich mit Beschwerden von Bürgern befassen müssen, die mit der Arbeit der Justiz unzufrieden sind. A.B.

458 Betroffene

KURZARBEIT IM APRIL

Insgesamt 458 Angestellte werden im April in Luxemburg kurz arbeiten. Neun Unternehmen stellten einen Antrag auf Kurzarbeit, das sind drei weniger als im Monat zuvor, schreibt das Konjunkturkomitee nach seiner gestrigen Sitzung. Sieben Anfragen wurde demnach stattgegeben. Die Unternehmen, deren An-

